

Frankfurter Allgemeine

ZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

24.07.2012, von Hans-Christof Kraus

Syrien: Und ihr denkt, es geht um einen Diktator

Die Reaktionen auf den Syrien-Konflikt offenbaren die geopolitische Ahnungslosigkeit mancher deutscher Kommentatoren: Zehn Minuten Nachhilfe aus gegebenem Anlass können nicht schaden.



Blutiger Diktator? Folgt man der Darstellung des Konflikts in weiten Teilen der westlichen Welt, dann scheint es sich lediglich um die Frage zu handeln, ob es gelingt, die syrische Bevölkerung von Assad zu befreien

Man kann nur staunen über das Ausmaß an fast schon sträflicher Naivität oder auch nur schlichter Ignoranz, das viele Beurteiler der Syrien-Krise an den Tag legen, vor allem, wenn

es darum geht, die Hintergründe für das zähe Tauziehen im Sicherheitsrat der Vereinten Nationen zwischen Amerika und den westlichen Mächten einerseits, Russland und China andererseits aufzuhellen. Folgt man der Darstellung des Konflikts in weiten Teilen der westlichen Welt, dann scheint es sich lediglich um die Frage zu handeln, ob es gelingt, die syrische Bevölkerung von einem blutigen Diktator zu befreien. Vor allem in Deutschland scheint die Unkenntnis, mit der diese Auseinandersetzung derzeit diskutiert wird, grenzenlos zu sein - bis hin zu einer angeblichen, allerdings nicht bestätigten Anfrage an die russische Regierung, ob sie bereit wäre, Assad im Falle seines Sturzes in Russland Asyl zu gewähren.

Dabei geht es um vollkommen andere Probleme. Die Konfliktlinien verlaufen dort, wo sie von fast allen deutschen Beobachtern nicht einmal mehr wahrgenommen werden, und zwar vor allem deshalb, weil man in unserem Land verlernt hat, in weltpolitischen und geostrategischen Kategorien zu denken. Ob die Syrer, in weltpolitischer Sicht gesehen, derzeit oder künftig von einem Diktator aus dem Hause Assad, von einer demokratischen oder sich als demokratisch inszenierenden Regierung oder auch von einem radikal muslimischen Regime regiert werden, ist aus der Perspektive geostrategischer Erwägungen zuerst einmal gleichgültig.

Eine Einteilung in šWeltinselō und šHerzlandō

Als um und nach 1900 die Welt, die gesamte Landoberfläche des Globus, aufgeteilt und zumeist unter die politische Oberherrschaft der Europäer und Amerikaner gestellt worden war, entwickelten die geostrategischen Denker der damaligen Zeit ein vollkommen neues Bild künftiger Weltpolitik. Die Angelsachsen hatten, obwohl gerade sie unangreifbar erschienen, jetzt zum ersten Mal Anlass, um ihre Weltstellung fürchten zu müssen. Der britische Geograph und Politiker Halford Mackinder entwickelte kurz vor dem Ersten Weltkrieg seine außerordentlich folgenreiche Lehre von der Unterlegenheit der maritimen Weltmächte.



Beerdigung der Opfer eines Anschlags in Damaskus: Folgt man Darstellungen des Konflikts in der westlichen Welt, handelt es sich meist um die Frage, ob es gelingt, die syrische Bevölkerung von einem blutigen Diktator zu befreien © dpa

Hatte bis dahin das Diktum des amerikanischen Militärtheoretikers Alfred T. Mahan von der Unangreifbarkeit global agierender Seemächte gegolten, so machte Mackinder die Gegenrechnung auf: In seiner neuen Analyse der Landoberfläche des Globus ordnete er die Seemächte dem äußeren insularen Bereich zu, während er Europa, Asien und Afrika als gigantischen Großkontinent auffasste, den er die Weltinsel nannte. Kern dieser Weltinsel war das Herzland (pivot area), das er in Nord- und Mittelasien verortete. Hier und im Umfeld des Herzlandes seien sieben Achtel der Weltbevölkerung angesiedelt, auch befinde sich in diesem Gebiet der bei weitem größte Anteil der auf der Erde verfügbaren Rohstoffe. Künftige Herrscher der Welt könnten daher nicht mehr die angelsächsischen Seemächte sein, so Mackinders Schlussfolgerung, sondern eventuell diejenige Macht (oder Mächtegruppierung), die in der Lage sei, das Herzland vollständig unter die eigene Kontrolle zu bringen.

Debatte um die weltpolitisch entscheidende Region der Erde

Das starke angelsächsische Misstrauen gegen die kommunistische Sowjetunion in der Zwischenkriegszeit, aber anschließend auch der unerbittliche, bis zum Ziel der bedingungslosen Kapitulation geführte Kampf Amerikas und Großbritanniens gegen die beiden das Herzland von Westen und Osten bedrohenden Achsenmächte Deutschland und Japan sind nur vor dem Hintergrund dieser geopolitischen Konzeption zu verstehen: Der Albtraum einer von Deutschland und Japan gemeinsam oder schlimmstenfalls sogar von Deutschland allein kontrollierten pivot area im Herzen Eurasiens musste mit allen Mitteln verhindert werden. Hierin bestand das erste und wichtigste Kriegsziel Roosevelts und Churchills, dem alles andere untergeordnet wurde. Noch vor Kriegsende wurde die Lehre Mackinders von der Bedeutung des Herzlandes weiterentwickelt und etwas abgewandelt. Nicholas Spykman, bedeutendster amerikanischer Geopolitiker seiner Zeit, entwickelte schon während des Krieges die Theorie, dass nicht eigentlich das Herzland, sondern dessen Randgebiet, das Randland (rimland), die weltpolitisch entscheidende Region der Erde sei: Dieses rimland erstreckt sich von Skandinavien über Mitteleuropa, die Türkei, die arabischen und vorderasiatischen Länder und Indien bis hin nach Indochina, Korea, Ost- und Nordchina. Hier sei die wirklich entscheidende Region der Weltinsel, des gesamten eurasiatischen Kontinents also, zu finden, und wem es gelinge, dieses Randland mit seinen ungeheuren Menschenmassen und seinen unerschöpflichen Rohstoffen unter die eigene Kontrolle zu bringen, sei der Herr der Erde oder könne zumindest den anderen Mächten, gerade auch den traditionellen Seemächten, seinen Willen aufzwingen.

Interventionsverbot für raumfremde Mächte?

Nicht zuletzt auf der Voraussetzung dieser grundlegenden Analysen des bereits 1943 verstorbenen Spykman wurde es nach dem Krieg die geopolitische Staatsräson der Vereinigten Staaten, den traditionellen Isolationismus endgültig aufzugeben, dafür aber fortan aktive Weltpolitik zu treiben. Für die Ära des Kalten Krieges jedenfalls lässt sich sagen, dass fast alle der Hauptkonfliktlinien zwischen Ost und West in den Regionen jener breiten Randland-Zone zwischen Finnland im Westen, Korea im Osten gelegen haben. Zwar nicht alle, aber doch die meisten Kriege der Nachkriegszeit, vom Koreakrieg über die Nahost- und die Golfkriege bis hin zum Vietnamkonflikt haben sich in genau dieser Zone abgespielt.

Die geopolitisch-völkerrechtliche Gegentheorie zu Mackinder und Spykman ist fast noch älter; im Kern ist sie bereits in der amerikanischen Monroe-Doktrin von 1823 zu finden; mit der Titelformulierung einer berühmten Schrift des zwanzigsten Jahrhunderts, erschienen während des Zweiten Weltkriegs, kann man sie als Völkerrechtliche Großraumordnung mit

Interventionsverbot für raumfremde Mächte (Carl Schmitt) bezeichnen. Dieses Modell hat in seiner Entstehungszeit freilich nicht funktioniert; und gerade mit Blick auf die Bedeutung des Herz- und des Randlandes haben die Amerikaner ein Interventionsverbot außerhalb der eigenen amerikanischen Hemisphäre (jedenfalls dann, wenn es gegen die eigenen Interessen gerichtet war) weder anerkannt noch respektiert.

Es geht nicht vorrangig darum, der syrischen Bevölkerung zu helfen

Im Gegenteil: Sie haben auch nach 1945 immer wieder gerade dort interveniert, wo es ihnen erforderlich schien, die eigene Machtstellung konsequent zu stärken. Nicht zuletzt der Ölreichtum und die auch strategisch entscheidend wichtige Lage der Region zwischen dem östlichen Mittelmeer und dem Arabischen Meer haben gerade dieses Gebiet zu einem Hauptaktionsfeld amerikanischer Außenpolitik werden lassen, bis hin zum letzten Irak-Krieg, zur Besetzung Afghanistans und zu den undurchsichtigen, völkerrechtlich jedenfalls in keiner Weise legitimierbaren Aktionen im nordöstlichen Pakistan.



Die Vereinigten Staaten haben auch nach 1945 immer wieder gerade dort interveniert, wo es ihnen erforderlich schien, die eigene Machtstellung konsequent zu stärken © dapd

Der aktuelle Konflikt um ein Eingreifen oder Nicht-Eingreifen in den syrischen Bürgerkrieg ist deshalb so brisant, weil sich in dieser Frage der Gegensatz zwischen zwei radikal unterschiedlichen geostrategischen und weltpolitischen Konzeptionen manifestiert. Den Amerikanern und der westlichen Seite geht es nicht oder nicht vorrangig darum, der bedauernswerten syrischen Bevölkerung zu helfen, sondern um Einflussnahme auf die Neugestaltung des Landes nach einem voraussichtlichen Sturz des derzeitigen Regimes, obwohl man mit diesem bisher stets gut zusammenarbeiten konnte. Mehrere, seit längerem geplante, für den Westen wichtige Öl- und Gaspipelines stehen auf dem Spiel, die Saudi-Arabien und Qatar mit dem östlichen Mittelmeerraum und der Türkei verbinden und deshalb partiell durch syrisches Gebiet führen sollen.

Das Blatt hat sich gewendet

Russen und Chinesen nehmen die gegenteilige Perspektive ein. Die russische Militärbasis am Mittelmeer, im syrischen Hafen Tartus gelegen, steht ebenfalls auf dem Spiel - wie die allgemeine machtpolitische Stellung Moskaus und Pekings im nahöstlich-vorderasiatischen Raum. Der Blick auf einen möglichen militärischen Konflikt zwischen Israel und Iran macht es für die beiden größten Mächte Asiens unabdingbar, hier präsent zu sein.

Noch ist nicht vorauszusehen, welche von beiden Seiten sich durchsetzen wird, denn auch die Amerikaner haben schon häufiger UN-Resolutionen missachtet, wenn ihnen dies zur Förderung ihrer eigenen Interessen notwendig erschien. Den unerklärten Krieg gegen den Irak, der zum Sturz des Regimes von Saddam Hussein führte, haben Moskau und Peking höchst widerwillig hinnehmen müssen - am Ende nur deshalb, weil sie es nicht wagen konnten, der zeitweilig einzigen hochgerüsteten Weltmacht entschiedener entgegenzutreten. Heute hat sich das Blatt gewendet: Aufgrund schwerer hausgemachter wirtschaftlicher Probleme, die mit einem weit überdehnten außen- und militärpolitischen Engagement zusammenhängen, befinden sich die Vereinigten Staaten in einer deutlich geschwächten Position. Ihr militärisches Eingreifen in Syrien erscheint schon aus diesem Grund als kaum wahrscheinlich.

Die Würfel sind noch nicht gefallen

Insofern muss die Regierung in Washington das inzwischen dreimal hintereinander ausgesprochene Veto Pekings und Moskaus, mit der eine UN-Resolution gegen das syrische Regime verhindert wird, als ernste Warnung auffassen. Wie es scheint, sehen sich China und Russland in einem gemeinsamen Kondominat über den südasiatischen Raum, und ihr striktes Nein gegen ein Eingreifen der westlichen Mächte in Syrien kann sehr wohl im Sinne einer politisch-völkerrechtlichen Doktrin eines wenigstens angedeuteten Interventionsverbots für raumfremde Mächte, womit vor allem Amerika gemeint ist, gesehen werden. Die Regierung in Washington wiederum wird ein solches Verbot, wäre es denn ernst gemeint, kaum akzeptieren können, denn in der Konsequenz würde dies den endgültigen Verzicht auf politisch-ökonomische Einflussnahme, eventuell sogar auf militärisches Eingreifen in den Regionen des öRandlandes bedeuten. Washington kann schon aus ureigenem Interesse jene eurasiatischen Randregionen nicht ihrem Schicksal - und schon gar nicht den beiden asiatischen Weltmächten - überlassen. Insofern kann man am Ausmaß, am Verlauf und an den, wie abzusehen ist, schon bald eintretenden Folgen des Syrien-Konflikts wie in einem Brennspeigel die gegenwärtige Verteilung weltpolitischer Machtpotentiale ablesen. Die Würfel sind noch nicht gefallen. Aber die geostrategischen Global Player halten sie bereits in der Hand.

Hans-Christof Kraus lehrt Neuere und Neueste Geschichte an der Universität Passau.

Quelle:

http://www.faz.net/aktueN/feuiNeton/synen-und-ihr-denkt-es-geht-um-emen-diktatoM1830492-p2.html?pmtPagedArtide=tme#pageIndex_2

DEUTSCHE WIRTSCHAFTS NACHRICHTEN

Veröffentlicht: 14.07.14

Nato-Experte: USA wollen militärische Kontrolle der Ukraine

In der Ukraine geht es nach Ansicht des Nato-Experten Daniele Ganser um den nächsten Schritt der Nato-Erweiterung. Deutschland müsse mitziehen, weil die Amerikaner den Oberbefehl haben und verhindern wollen, dass eine neue Achse Moskau-Berlin entsteht. Die USA spielen zu diesem Zweck die EU-Staaten gegeneinander aus - um sie weiter kontrollieren zu können.

Die Nato ist das größte und einflussreichste Militärbündnis aller Zeiten. Die Deutschen Wirtschafts Nachrichten sprachen mit dem Historiker und Nato-Experten Daniele Ganser über die Struktur der Nato, Deutschlands Rolle in der Organisation, ihren Einfluss in der EU und ihre Rolle im Ukraine-Konflikt.

Deutsche Wirtschafts Nachrichten: *Der Däne Rasmussen tritt bald als Nato-Generalsekretär ab. Sein Nachfolger wird vermutlich der Norweger Stoltenberg. Welchen Einfluss haben ihrer Meinung nach die Europäer in der Nato?*

Daniele Ganser: Ich glaube der Einfluss der Europäer in der Nato ist klein, weil die Nato von den USA angeführt wird. Man sieht das daran, dass die Europäer immer den Generalsekretär stellen dürfen und dieser tritt sehr viel in den Medien in Europa auf. Darum hat man das Gefühl, der Generalsekretär ist die wichtigste Person der Nato. Das stimmt aber nicht! Eine sehr viel einflussreichere Person in der Nato ist der SACEUR (Supreme Allied Commander Europe) und das ist immer ein amerikanischer General. Dieses militärische Kommando ist noch weit mächtiger als das öffentliche Amt des Generalsekretärs. Der ehemalige US-Präsident Nixon hat das einmal so formuliert: „Die Nato ist die einzige internationale Organisation, die funktioniert. Und das deshalb, weil sie eine militärische Organisation ist und die USA an der Spitze stehen.“

Deutsche Wirtschafts Nachrichten: *Über welche Kanäle setzt die Nato ihre Interessen in der EU durch?*

Daniele Ganser: Die Nato hat in allen Nato-Mitgliedsländern die Nato-Botschafter. Das sind die Botschafter, die jedes Land schickt, um informiert zu sein, was die Nato als nächstes wünscht. Die Kanäle funktionieren so, dass die Nato ó und dabei vorwiegend die USA ó sagt: So ist es und jetzt müsst ihr das machen. So zumindest war es bei 9/11 und dem Krieg gegen Afghanistan. Die Europäer gehorchen dann oft einfach nur. Sie haben nie gesagt: Wir müssen eine eigenständige Entwicklung machen. Eine gemeinsame EU-Außen- und Sicherheitspolitik funktioniert ja nicht richtig. Man ist immer etwas hin und her gerissen: Soll man mit den Amerikanern in den Irak ziehen? Das haben die Briten gemacht und die Franzosen nicht. Oder soll man mit den Amerikanern das OPEC-Land Libyen bombardieren? Die Franzosen haben das gemacht, die Deutschen nicht. Den USA gelingt es sehr gut, die verschiedenen Länder in Europa gegeneinander auszuspielen. Im Moment spielt man Deutschland gegen Russland aus, natürlich im amerikanischen Interesse. Das ist das alte System von „Divide et impera“ ó „Teile und herrsche“. Es ist nicht das Ziel von Washington, dass die EU und Russland

zusammenarbeiten und einen großen Wirtschaftsraum aufbauen, der auch noch über die größten Öl- und Gasreserven verfügt. Das wäre nicht im Interesse der USA.

Deutsche Wirtschafts Nachrichten: *Aufgrund der mangelnden Transparenz ist es schwierig herauszufinden, wie sich die Finanzierung der Nato im Detail darstellt. Dies mussten kürzlich auch niederländische Parlamentarier feststellen. Wissen Sie etwas Konkretes zur Finanzierung der Nato?*

Daniele Ganser: Nein, weil die Nato tatsächlich keine transparente Organisation ist. Diese Frustration der niederländischen Parlamentarier teile ich, weil ich mich ja bemüht habe über die Nato-Geheimarmeen Informationen herauszubekommen. Man hat meine Fragen einfach ignoriert und mir nichts mitgeteilt. Manche Leute denken, die Nato sei eine demokratische und transparente Organisation. Aber das ist sie nicht. Es ist eine militärische Organisation, die stets versucht, ihre Geheimnisse zu hüten. Relevant für die Finanzierung ist letztlich das Budget des Pentagon und das umfasst etwa 700 Milliarden Dollar im Jahr oder 2 Milliarden Dollar pro Tag. Dann ist natürlich die Frage, ob hierbei ein Pentagon-Tag auch ein Nato-Tag ist oder wie man das verrechnet. Aber das sind buchhalterische Operationen und man kann das verschieden verrechnen.

Deutsche Wirtschafts Nachrichten: *Welche Rolle spielt die Nato bei im Ukraine-Konflikt?*

Daniele Ganser: Ich bin der Meinung, dass der Streit in der Ukraine sich im Kern um die Nato und um das Erdgas dreht. Die Nato hat seit 1990 eine Bewegung gegen Osten gemacht. Der erste Schritt war ja, dass man in Deutschland die DDR aus dem Warschauer Pakt herausgelöst hat und in die Nato aufgenommen hat. Dafür brauchte es damals das Einverständnis von Gorbatschow. Das heißt, diese Fusion von der BRD und der DDR ó die sehr wertvoll ist und die ich sehr begrüße ó war nur möglich, weil Russland eine Aufnahme des wiedervereinten Deutschlands in die Nato zugelassen hat. Aber die Russen haben auch gesagt, dass sie nicht möchten, dass die Nato sich weiter ausbreitet. Und Gorbatschow sagte, die Nato habe ihm das zugesichert.

Doch die Nato hat ihr Wort nicht gehalten. Es wurden Estland, Lettland und Litauen in die Nato aufgenommen, auch Polen, Rumänien, Bulgarien, Ungarn, Slowenien, Tschechien und die Slowakei. Später folgten noch Albanien und Kroatien. Wenn sie es aus russischer Perspektive betrachten, dann hat die Nato ihr Wort gebrochen und nun versucht sie die fehlenden Bausteine ó also die Ukraine und Georgien ó auch noch in die Nato aufzunehmen und dadurch Russland zu umzingeln.

In den westlichen Medien steht immer: Die Russen sind völlig irrational und verhalten sich komisch. Aber de facto verhalten sie sich wie ein Schachspieler, der Zug um Zug hier einen Turm, dort einen Springer und dort wieder einen Bauern verliert. Die Russen fühlen sich bedrängt. Und diese Ausdehnung der Nato wird in den westlichen Medien überhaupt nicht thematisiert und auch nicht zur Kenntnis genommen. Man kann das ganz einfach kommunizieren, indem man eine Landkarte der Nato von 1990 nimmt und eine Landkarte 2014 zur Hand nimmt (Hier finden Sie eine entsprechende Karte).

Deutsche Wirtschafts Nachrichten: *Geht es der Nato nur um die militärische Einkreisung Russlands oder hat sie es auf die Ressourcen des Landes abgesehen?*

Daniele Ganser: Das ist das Gleiche. Den ersten Platz der weltweiten Erdöl-Förderung teilen sich Russland und Saudi Arabien. Die Russen produzieren etwa zehn Millionen Barrel pro

Tag. Die Saudis produzieren ebenfalls rund zehn Millionen Barrel pro Tag. Russland ist das flächenmäßig größte Land der Erde und verfügt über sehr große Erdgasreserven. Der Kampf um die weltweiten Erdöl- und Erdgasreserven ist also auch der Kampf um Russland. Putin will auf keinen Fall, dass die Ukraine der Nato beitrifft. Aus russischer Sicht wurde der Sturz von Janukowitsch von westlichen Geheimdiensten orchestriert. Ob man das jetzt so sieht wie Putin oder nicht, spielt keine Rolle. Aber aus seiner Sicht, ist es nun legitim zu sagen: Wenn der Winter kommt, kann ich euch dann auch das Gas abstellen. Oder ich kann sagen: Ihr schuldet mir mehr Geld für das Gas. Das heißt, diese Verbindung Öl, Gas und Nato ist im Ukraine-Konflikt in Reinkultur zu beobachten.

Deutsche Wirtschafts Nachrichten: *Welche Indizien gibt es dafür, dass der Umsturz in der Ukraine von westlichen Geheimdiensten orchestriert wurde?*

Daniele Ganser: Was wir bis jetzt wissen, ist: 2014 ist das Jahr, in dem Janukowitsch abgesetzt und Poroschenko installiert wurde. Das ist ein Fakt. Und wenn wir ein bisschen weiter reingehen, kommen wir auf die Feinheiten. Wann wird er abgesetzt? Er wird im Februar 2014 abgesetzt. Und nun kommen wir zum springenden Punkt, nämlich der Eskalation der Proteste durch die Scharfschützen vom Maidan. Interessant ist dabei: Die Scharfschützen ó nach den Informationen, die ich habe ó erschießen sowohl Demonstranten als auch Polizisten. Und das ist doch sehr ungewöhnlich. Hierbei ist durchaus denkbar, dass das eine Geheimdienst-Aktion war, die die Ukraine ins Chaos stürzen sollte. Das was wir als Indiz hierfür haben, ist das Telefonat zwischen Urmas Paet, Außenminister Estlands, und Catherine Ashton, EU-Außenbeauftragte. In dem Gespräch geht es darum, dass hinter den Scharfschützen vom Maidan nicht Janukowitsch, sondern jemand von der neuen Koalition stand. Die neue Koalition ist die Gruppe um Klitschko, Jazenjuk und Poroschenko, die nach dem Umsturz an die Macht kam.

Sollte sich herausstellen, dass Poroschenko durch Scharfschützen an die Macht gekommen ist, dann haben wir einen Regierungsputsch vor unseren Augen, ohne dass wir es begreifen. Das ging dann so schnell, dass wir wirklich zugeben müssen: Wir sind zu blöd, um das wirklich zu begreifen. Und dann könnte es sein, dass Putin weniger blöd ist und das richtig gesehen hat. Ich möchte aber nicht sagen, man soll Putin blind glauben, denn auch er hat seine Agenda. Die Frage, die wir in der Wirtschaftsgeschichte und auch in der historischen Zeitgeschichte beantworten müssen: Ist das ein Ereignis wie 1953, als der US Geheimdienst CIA und der britische Geheimdienst MI6 die Regierung Mossadegh im Iran gestürzt haben, weil sie das Öl verstaatlicht haben? Damals hat man Agenten als Terroristen verkleidet, die Anschläge verübt und so Chaos im ganzen Land ausgelöst haben. Das nennt sich šStrategie der Spannungö, also absichtlich Chaos und Spannungen erzeugen um dadurch eine Regierung zu Fall zu bringen, das funktioniert, das ist historisch belegt.

Deutsche Wirtschafts Nachrichten: *Die Nato führt in den letzten Monaten verstärkt Manöver durch. Aufgrund eines Nato-Manövers fiel sogar in mehreren europäischen Staaten die Flugsicherung aus. Handelt es sich dabei nur um militärische Präsenz oder steht mehr hinter den Truppenbewegungen?*

Daniele Ganser: Ich kann nur ganz allgemein sagen, dass sowohl auf Seiten Russlands als auch auf Seiten der Nato die militärische Präsenz erhöht wird. Doch entgegen der Meinung vieler Kommentatoren, denke ich, wir befinden uns nicht kurz vor dem Dritten Weltkrieg wie zu Zeiten der Kuba-Krise 1962. Doch wir befinden uns in einem Moment des tiefen Misstrauens. Moskau und Washington misstrauen sich sehr und Berlin ist dazwischen gefangen.

Deutsche Wirtschafts Nachrichten: *In Deutschland befinden sich mehrere zentrale Nato-Stützpunkte, darunter die US-Airbase Ramstein und die AFRICOM-Zentrale in Stuttgart. Welche Rolle spielt Deutschland derzeit und künftig in der Strategie der Nato?*

Daniele Ganser: Deutschland ist in der Nato ein Juniorpartner, weil die USA die Nato anführen. Aus Sicht der USA ist Deutschland besetztes Land. Das schmerzt natürlich, wenn man das so liest als deutscher Leser, ist aber trotzdem die derzeitige Situation. Sie haben amerikanische Stützpunkte in Deutschland und das Handy von Kanzlerin Merkel wird vom US-Militärgeheimdienst NSA abgehört. Und wenn die Amerikaner sagen: Wir gehen an den Hindukusch, dann müssen die deutschen Soldaten losziehen und Afghanen erschießen, obschon sie mit denen zuvor noch nie ein Problem hatten. Das heißt, Deutschland hat hier leider die Position des Vasallen übernommen. Und man hat Mühe in Deutschland sich aus dieser Position zu befreien.

Der Grund ist ein ganz einfacher: Die USA sind das Imperium. Ein Imperium zeichnet sich immer dadurch aus, dass es die größte Volkswirtschaft der Welt ist, gemessen am BIP. Das sind die USA. Es hat die meisten Flugzeugträger und die mächtigste Luftwaffe, gemessen an Anzahl, Typ und Modernität. Das sind wiederum die USA. Es stellt die Weltreserve-Währung. Das ist der Dollar, also nochmals die USA. Und schließlich haben die USA die meisten Militärstützpunkte weltweit, also nicht nur Guantanamo, Diego Garcia und Afghanistan, sondern auch Ramstein etc. Wichtig zudem: Das Imperium dominiert die Medien und schaut, dass diese wohlwollend berichten. Das ist also die Position Deutschlands: Es befindet sich in einer untergeordneten Position im amerikanischen Imperium und die meisten deutschen Medien getrauen sich nicht das offen darzustellen. Die Schweiz ist übrigens nicht viel besser dran, auch auf die Schweiz übt das US-Imperium Druck aus, aber zumindest sind wir nicht Mitglied der Nato sind und haben auch keine amerikanischen Militärstützpunkte- das wollen wir Schweizer nicht.

Deutsche Wirtschafts Nachrichten: *Dafür ist die Schweiz, wie auch Finnland, Mitglied in einer Vorstufe der Nato!*

Daniele Ganser: í der šPartnership for Peaceö, ja. Das wird in der Schweiz auch heftig kritisiert, und das zu Recht, denn wir wollen auf keinen Fall Mitglied der Nato werden. Das heißt, einige Politiker wollen das sehr wohl, aber die Schweizer Bevölkerung nicht. Eine Abstimmung würde mehrheitlich abgelehnt, denn die Schweizer Bevölkerung ist gegen die Angriffskriege der Nato. Die Meinung der Schweizer zu den USA hat sich in den letzten Jahren stark ins Negative geändert.

Die USA werden hier je länger je mehr als verlogen empfunden, weil sie weltweit Wirtschaftskriege führen. Sie haben die Datentransfers der Welt ó vor allem die Swift-Daten ó mit Hilfe des US-Geheimdienstes NSA abgehört und verwenden diese Daten gegen die Schweizer Banken UBS und Credit Suisse. Sie machen die Schweizer schlecht, weil Schweizer Banken amerikanischen Bürgern in der Tat geholfen haben, Steuern zu hinterziehen, was nicht richtig war. Gleichzeitig beobachten die Schweizer aber mit Erstaunen, dass die Steuerhinterziehung in den USA ó also in Delaware ó oder in England ó über die Trusts ó weiterhin möglich ist. Insofern verstehen die Schweizer nicht, dass die USA sich moralisch gegen Steuerhinterziehung aufspielen, aber die eigenen Schlupflöcher weiter offen lassen. Deshalb ist die Stimmung hier zunehmend anti-amerikanisch.

Deutsche Wirtschafts Nachrichten: *Der 11. September 2001 spielt historisch auch in Bezug auf die Nato eine Schlüsselrolle, denn damals kam es zum Bündnisfall nach Artikel 5. Ist der*

Bündnisfall nach wie vor in Kraft?

Daniele Ganser: Das ist eine interessante Frage. Das müsste man die Nato fragen. Es gab darüber nach dem 11. September eine große Debatte. Auf jeden Fall wurde der Bündnisfall nach 9/11 ausgerufen, das ist klar. Die Amerikaner kamen rüber nach Europa und haben gesagt: So war es und jetzt geht es ab an den Hindukusch. Dann war 9/11 eine fixe Geschichte, die man entweder schlucken konnte oder nicht. Dabei war das der erste Nato-Bündnisfall in der Geschichte. Auch hier zeigt sich die Rolle des Imperiums. Die wichtigste Deutungshoheit, die das Imperium hat, ist dass es jedes geschichtliche Ereignis auch selber deutet. Die Anschläge zum 11. September sind unter Historikern umstritten ó es gibt verschiedene Meinungen zum Thema. Aber sobald ein Historiker auch nur den Kopf ein bisschen hebt, wird er als Verschwörungstheoretiker niedergeschrien. Und das heißt, wir dürfen nicht sagen: Moment, bei der Aktivierung des Artikels 5 gibt es große Fragezeichen. Die Nato will nicht darüber sprechen. Sie will keine kritischen Diskussionen über 9/11 und über Operation Gladio. Sie versucht einfach, diese Themen zu unterdrücken. Aber ich glaube, das wird ihr längerfristig nicht gelingen, weil wir im Informationszeitalter leben. Die Leute können sich je länger je mehr verschiedene Perspektiven zu einem Thema erarbeiten, und das ist gut so.



*Dr. Daniele Ganser ist Historiker und Friedensforscher. Er untersucht die Themen Energie, Krieg und Frieden aus geopolitischer Perspektive. Seine Schwerpunkte dabei sind Internationale Zeitgeschichte seit 1945, Geheimdienste und Spezialeinheiten, Verdeckte Kriegsführung und Geostrategie sowie Peak Oil und Ressourcenkriege. Sein Buch *šNATO-Geheimarmeen in Europa ó Inszenierter Terror und verdeckte Kriegsführung* wurde 2005 veröffentlicht und in zehn Sprachen übersetzt.*

*Sein aktuelles Buch *šEuropa im Erdölrausch ó Die Folgen einer gefährlichen Abhängigkeit* erschien im September 2012. Ganser legt die erste Gesamtdarstellung zu Europas Erdöl-Abhängigkeit vor. Er schildert die Hintergründe des andauernden, blutigen Kampfs ums Erdöl bis hin zu den jüngsten Kriegen im Irak und in Libyen.*

Für heiße Diskussionen werden auch seine Szenarien zur energiepolitischen Zukunft sorgen: Spitzt sich der globale Kampf ums Erdöl zu? Gelingt den Europäern die Wende hin zu 100 Prozent erneuerbaren Energien?

Quelle:

<http://deutsche-wirtschafts-nachrichten.de/2014/07/14/nato-experte-aus-sicht-der-usa-ist-deutschland-ein-besetztes-land/>

Veröffentlicht: 16.01.16

Indiens Botschafter bestätigt: Krieg in Syrien wurde von außen angezettelt

Ein aufschlussreicher Bericht des früheren Botschafters Indiens in Damaskus macht klar: Die Darstellung des Westens, der syrische Präsident Assad sollte durch einen Volksaufstand gestürzt werden, ist nicht haltbar. Der Krieg wurde von außen angezettelt, unter anderem von den Golf-Staaten und der Al Qaida. Mit ihr arbeiteten die USA über den Al Nusra-Flügel zusammen. Assad hat die Gefahr unterschätzt ó weil er wusste, dass sein Volk hinter ihm steht.



Der syrische Präsident Baschar al-Assad hat die Gefahr unterschätzt, die ein vom Ausland angezettelter Aufstand für ihn bedeuten würde. (Foto: dpa)

V. P. Haran diente von 2009 bis 2012 als Indiens Botschafter in Syrien. Er hat mit dem mehrfach preisgekrönten indischen Magazin Fountain Ink darüber gesprochen, wie Teile der Medien den Aufstand aufgebauscht haben und über Zeichen dafür, dass Al-Qaida bereits seit den frühen Tagen des Konflikts ein Mitspieler war (Übersetzung: Deutsche Wirtschafts-Nachrichten). Die Einschätzung des Botschafters bestätigt die Erkenntnisse des US-Journalisten Seymour Hersch, dass Assad im eigenen Volk keine militante Opposition zu fürchten hatte.

Wie war Syrien als Sie im Januar 2009 dort ankamen?

V. P. Haran: Syrien war ein friedvolles Land und es gab keine unterschwelligem Spannungen. Der syrischen Wirtschaft ging es gut und die durchschnittliche Wachstumsrate lag bei mehr als 5 Prozent. Arbeitslosigkeit lag bei circa 8 Prozent, doch arbeitslose Syrer konnten Arbeit in den Golf-Staaten finden. Es gab jedoch eine hohe Quote an gebildeten Arbeitslosen. Syrien befand sich auch in einer komfortablen Position hinsichtlich von Auslandsschulden bei 12,5 Prozent des BIP. Ein Großteil davon wurde Russland geschuldet, welches aber viele der Schulden abschrieb. Das echte Problem war die Dürre im Nord-Osten, die zu einer massiven Umsiedlung in den Süden und den Süd-Westen geführt hatte.

Wie war das Leben in Damaskus?

V. P. Haran: Als Diplomat neigt man dazu ein zurückgezogenes Leben zu führen, doch manchmal fuhr ich in die Innenstadt, manchmal mit dem Taxi, trank einen Tee im Café und sprach mit den Menschen. Das waren wundervolle Momente und wundervolle Tage. Die öffentliche Ordnung war nie ein Problem. Meine weiblichen Kollegen erzählten mir, sie könnten Schmuck tragen und um zwei Uhr morgens alleine nach Hause laufen und sich dabei sicher fühlen. In einigen Stadtteilen hatten Restaurants bis um fünf Uhr morgens geöffnet. Man hatte nie das Gefühl, dass es Ärger auf den Straßen geben würde. Manche sagen, das wäre dem Muchabarat (dem Militärgeheimdienst) geschuldet, doch ich spürte, dass die Menschen sich für ihre kollektive Sicherheit verantwortlich fühlten.

Als ich Damaskus erreichte, wurde mir gesagt, dass jeder Zweite Teil des Muchabarat wäre. Das ist eine grobe Überschätzung. Es gibt eine Geheimdienstabteilung und sie funktioniert intern sehr effizient, aber für mich gab es nie eine direkte Begegnung. In meinen vier Dienstjahren wurde ich einmal {in den Medien} in der Idlib Provinz verfolgt. Ein Jeep hat sich an uns angehängt, aber es war nicht einschüchternd.

Haben Sie den Arabischen Frühling in Syrien vorhergesehen?

V. P. Haran: Als sich die Situation in Tunesien und Ägypten anspannte, gab Präsident Bashar al-Assad einen Fernsehauftritt, in dem er darlegte, dass die politischen und wirtschaftlichen Bedingungen in Syrien anders sein. Er sagte, er sei zuversichtlich, dass Syrien nicht den gleichen Weg einschlagen würde. Das war auch die generelle Einschätzung der diplomatischen Gemeinschaft.

Bashar al-Assad war ein beliebter Anführer und das trägt zum Teil auch dazu bei, dass er noch immer an der Macht ist. Es gibt keine angemessene interne Opposition und viele der Probleme in Syrien stammen aus ausländischen Quellen, die versuchen, sich eines ungelegenen Regimes zu entledigen. 67 Prozent der gesamten arabischen Welt hatten ihn in einer Umfrage 2009 zur beliebtesten arabischen Person gewählt. Sogar die diplomatische Gemeinschaft war sich darüber einig, dass er die Unterstützung von circa 80 Prozent Syriens hatte. Auch westliche Diplomaten sagten das. Er hatte in 2000 Reformen begonnen, die er aber wegen der Opposition durch die Baath-Partei nicht durchführte.

Auch ist das nicht einfach ein Kampf zwischen Sunniten und Schiiten. Schauen Sie sich die Zahlen an. Es sind mehr als 50 Prozent sunnitische Muslime in Syrien. Und es gibt Kurden, Drusen, Maroniten, Assyrer, Alawiten und andere, die den Rest ausmachen. Bashar al-Assad hat die volle Unterstützung dieser Minderheiten und sogar ein großer Anteil der sunnitischen Muslime unterstützt ihn. Doch bis zu dem Zeitpunkt als ich in 2012 ging, hatte sich Syrien sehr verändert. Während die ersten paar Jahre wie im Himmel waren, verschlechterten sich die Dinge früh im Jahr 2011.

Können Sie sich an die ersten Proteste erinnern?

V. P. Haran: Ab Februar, als Bahrain Proteste erlebte, gab es Versuche einiger NGOs Proteste in Damaskus zu organisieren. Zwei wurden über zwei Wochenenden organisiert, doch gerade einmal 20 oder 30 Leute nahmen teil. Die Zahl der Journalisten und Mitglieder der diplomatischen Gemeinschaft war weitaus größer als die der Demonstranten. Dann ereignete sich der 18. März 2011, als Kinder an die Wände der Schule schrieben und es dann einen großen Protest gab. In der darauffolgenden Woche gab es einen weiteren Protest in Latakia und dann mit jedem weiteren Freitag passierte etwas.

Schon bald war es in Teilen von Latakia, Homs und Hama chaotisch, doch Aleppo blieb ruhig, was die Opposition sehr störte. Die Opposition konnte die Menschen von Aleppo nicht dazu bringen gegen das Regime aufzustehen, also sandten sie Busladungen voller Leute nach Aleppo. Diese Leute verbrannten dann etwas auf den Straßen und gingen wieder. Journalisten berichteten dann davon und sagten, Aleppo hätte sich aufgelehnt.

Ein paar Dinge müssen darüber gesagt werden: einige Teile der Medien haben es in ihren negativen Darstellungen Syriens übertrieben. Manchmal wurde über Dinge berichtet, die nicht passiert sind. Beispielsweise sprach ich mit einem prominenten Scheich, als meine Kollegen mich völlig gestresst anriefen und meinten, der Scheich würde eine Rolle in den, für den Nachmittag geplanten, Protesten spielen. Aber das passierte überhaupt nicht. Denn tatsächlich saß ich in dem Moment ja mit ihm beim Mittagessen. Es gab eine Menge Übertreibungen durch die Medien.

Es gibt eine Gelegenheit, die heraussticht. In Idlib waren zum harten Kern gehörende Sunniten nach Aleppo gegangen und hatten Leute überredet, der Opposition beizutreten. Menschen in Aleppo fing an sie zu schlagen und schickten sie fort. Die Masse war unbändig geworden und die Polizei musste kommen und sie unter Kontrolle bringen. Die Sunniten aus Idlib mussten in ein Haus gebracht werden und die Polizei musste ihnen ihre Uniformen geben, damit sie gehen konnten, ohne gelyncht zu werden.

Veränderte sich Damaskus sehr in dieser Zeit?

V. P. Haran: Ich kann mich an einen Vorfall am 14. April entsinnen, als ich meinen täglichen Spaziergang zum Stadium unternahm, das circa zwei Kilometer entfernt lag. Auf dem Weg kam ich an der Bäckerei vorbei, an der ich immer vorbei kam, doch es gab eine lange Schlange vor der ungewöhnlich stillen Bäckerei. Auf dem Weg zurück war die Schlange noch immer da und ich fragte nach. Die Leute deckten sich mit Brot ein, da sie gehört hatten, dass etwas passieren würde. Am nächsten Tag passierte nichts, obwohl es ein Freitag war.

Als die Situation sich verschlimmerte, wurde mein Spaziergang zum Stadium in der zweiten Hälfte von 2012 durch einen rund um den Park im Mezzeh-Bezirk ersetzt. Eines Tages kam ein Motorrad mit hoher Geschwindigkeit und bog an einer Ecke ab, von wo es den Motor auf Touren brachte. Kurze Zeit später kam ein Jeep der Sicherheitsleute vorbei, doch es verpasste den Abzweig, den das Motorrad genommen hatte. Nachdem sie das Motorrad nicht finden konnten, kamen sie in den Park und fragten die Menschen, ob sie gesehen hätten, was passiert war. Dann wurde uns gesagt, dass die Leute auf dem Motorrad Angriffe planten.

In Mezzeh, unweit des Bezirks in dem die Diplomaten leben, gibt es ein Kaktusfeld, und Rebellen waren durch eine Tunnelvorrichtung hineingelangt. Sie hatten dort ein Lager aufgebaut, aus dem aus sie Brandraketen auf das Büro des Premierministers schossen. Danach fielen die Sicherheitskräfte ein und vernichteten das Lager. Das war eine gezielte Operation und ich sprach mit jemandem, der eine Wohnung mit freier Sicht hatte, und er sagte mir, dass sie ein Gebäude ins Visier genommen und komplett zerstört hatten. Ein riesiges Geheimplager mit Waffen und Munition wurde aus dem Gebäude geborgen.

Doch Teile des Landes blieben ruhig. Die externen Unterstützer der Opposition konnten das nicht verdauen. Sie schickten eine Gruppe Leute an die syrisch-jordanische Grenze, wo sie zwei Sicherheitsposten überrannten. Sie brachten alle Leute dort um. Manche von ihnen wurden auf grausamste Al-Qaida-Weise getötet. Die Regierung meldete das nicht unverzüglich, doch ein Mitglied der diplomatischen Gemeinschaft bestätigte, dass es Al-Qaida aus dem Irak gewesen waren. Es war offenkundig, dass Al-Qaida aus dem Irak seit April 2011 in Syrien waren.

Al-Qaida war dort von der ersten Woche an, und wenn nicht seit der ersten Woche, dann seit Ende 2011, als Al-Qaida-Fahnen auftauchten. Es waren diese Gruppen, die die Opposition mit Unterstützung von außerhalb der Grenzen versorgten. In Raqqa kamen die Kämpfer aus dem Norden und es war klar, dass es Al-Qaida war.

Assad hat immer wieder gesagt, dass es von Anfang an Terroristen waren. Warum hat ihm keiner geglaubt?

V. P. Haran: Die Köpfe der Menschen waren nicht offen. Was für ein Interesse sollte Al-Qaida im Irak daran haben, Chaos in Syrien zu schaffen? Vieles davon wurde von Außenseitern gelenkt, nämlich den Golf-Staaten. Al Jazeera hat auch eine Rolle gespielt. Im April hatte ich einen Gast zum Amphitheater in Bosra geführt und danach nach Sweida, wofür ich die Autobahn zur jordanischen Grenze nehmen musste. An diesem Tag wurde ein Al Jazeera-Korrespondent gebeten Syrien zu verlassen und er reiste auf derselben Straße. Der Korrespondent berichtete von Checkpoints, alle paar Sekunden. Meine Botschaft rief mich in Panik an, wegen dem, was sie im Fernsehen gesehen hatten. Ich sagte ihnen, ich hätte nur einen Checkpoint angetroffen.

Warum lieferte die syrische Regierung keine besseren Argumente, die für die Anwesenheit von Terroristen sprachen?

V. P. Haran: Wir fragten sie nach dem Mangel an Auseinandersetzung mit den Medien und sie sagten, keiner glaubte ihnen. Sie hatten sehr schlechte PR und Handhabung der Medien. Andererseits gab es auch Ausschreitungen durch die Regierung. Syrien hat sehr unangemessene Polizeikräfte. Als nun die Probleme angingen, war die Regierung gezwungen, Sicherheitskräfte einzustellen, um sich Problemen anzunehmen, die sonst von der Polizei bewältigt werden. Einige in der Armee begingen auch Ausschreitungen und die Regierung musste einige von ihnen unter Hausarrest stellen oder ins Gefängnis stecken, doch sie machten das nicht publik.

Bashar al-Assad war nicht nur langsam darin Reformen zu erlassen, sondern auch langsam darin, Veränderungen, die gemacht wurden, bekannt zu geben. Als sie zum Beispiel die Reform erließen, die die Vorrangstellung der Baath-Partei reduzierte, wurde von dieser Reform erst nach drei Monaten berichtet. Ihre PR war nicht weise. Sie haben die Krise nicht gut gehandhabt.

05. April 2016

Politische Härte statt Schnitzel und eine heikle Russland-Mission

WIEN/WASHINGTON. Außenminister Kurz verteidigt in den USA Österreichs harte Position in der Flüchtlingskrise, Bundespräsident Fischer besucht Putin.



Kurz bei Kerry in Washington

"Schnitzel, Mozart und 'The Sound of Music'" waren einmal das, womit Österreich in den USA gern assoziiert wird. Statt der Familie Trapp zeigt unser Land mit Außenminister Sebastian Kurz (VP) nun ein neues Gesicht. Zumindest befand die Nachrichtenagentur Associated Press (AP) in ihrer Meldung zu Kurz' gestrigem Besuch bei seinem US-Amtskollegen John Kerry die alten Attribute für überholt.

Österreich "prägte mit seiner hartgesottenen Position" in der Flüchtlingspolitik derzeit "Europas Antwort auf die größten Flüchtlingsankünfte seit dem Zweiten Weltkrieg", so die AP. Kurz verstand seinen Besuch vor allem als Aufklärungsmission: "Es gibt in den USA zu wenig Information darüber, was in Europa stattgefunden hat und noch stattfindet", warb er für seine harte Position in der Flüchtlingsfrage. Österreich habe im Vorjahr 90.000 Flüchtlinge aufgenommen, drei Mal so viele wie die USA und Kanada gemeinsam.

Bei Kerry stieß Kurz auf Anerkennung: Österreich sei ein "wichtiger Leader" beim Stopp des Flüchtlingsstroms. Die Migrationsfrage sei ein "globales Problem, das uns alle angeht", sagte Kerry.

Von Washington reiste Kurz weiter nach Moskau, wo er heute Amtskollegen Sergej Lawrow trifft und sich Bundespräsident Heinz Fischer bei dessen heikler Mission in Russland anschließt. Fischer trifft morgen mit Präsident Wladimir Putin und Premierminister Dmitri Medwedew zusammen.

Mit Putin ist ein längeres Vier-Augen-Gespräch geplant, bei dem auch die Konflikte in der Ukraine und in Syrien zur Sprache kommen sollen. Die Flüchtlingskrise wird ebenfalls Thema sein.



2014 war Putin Fischers Gast

Fischer verteidigte den Staatsbesuch in Moskau in Zeiten der EU-Sanktionen: "Russland ist ein wichtiges und einflussreiches Land in genau jenem Raum, der auch für Österreich von großer Bedeutung ist", sagte er. Wien und Moskau hätten auch in den vergangenen Jahrzehnten den Kontakt in schwierigen Phasen aufrechterhalten, so Fischer.

Dialog mit Russland

"Es geht darum, den Dialog mit Russland in einer vernünftigen Art und Weise wieder zu entwickeln", erklärte auch Österreichs Botschafter in Russland, Emil Brix. Ob Russland von Österreich erwarte, sich für eine Aufhebung der wegen des Ukraine-Konflikts zunächst bis Juni geltenden EU-Sanktionen einzusetzen, wollte Brix nicht eindeutig beantworten. Das "hängt von vielen Faktoren ab", blieb er diplomatisch.

Quelle:

<http://www.nachrichten.at/nachrichten/politik/aussenpolitik/Politische-Haerte-statt-Schnitzel-und-eine-heikle-Russland-Mission;art391,2195325>

nachrichten.at

07. April 2016

Heinz Fischer bei Putin im Kreml: "Wichtiger und wertvoller Besuch"

MOSKAU. Die beiden Präsidenten sprachen über die EU-Sanktionen und Terrorismusbekämpfung.



Österreichs Bundespräsident betonte in Moskau, dass Wien zu den EU-Sanktionen gegen Russland stehe ó auch wenn man keine Freude damit habe.

Zwei Stunden lang sprachen Heinz Fischer und Wladimir Putin gestern im Kreml miteinander. Hinterher sagte Österreichs Bundespräsident, man könne sich nicht über Situationen freuen, in denen Sanktionen verhängt werden müssen. "Aber die Aufhebung dieser Sanktionen ist nur möglich, wenn es bestimmte Fortschritte im Minsker Friedensprozess gibt, die Minsker Vereinbarungen müssen sehr genau eingehalten werden."

Fischers Position ist ganz auf der offiziellen EU-Linie. Was Putin nicht weiter zu stören schien. Zumal der Österreicher massiv Sympathie für Russland signalisierte, indem er den Abschuss eines russischen Kampffjets über Syrien durch die Türkei "unerwartet und unverständlich" nannte.

Putin selbst plauderte nach dem Gespräch vor Journalisten über bilaterale Direktinvestitionen, koordinierte Terrorismusbekämpfung und russisch-österreichische Tourismus-Kooperationen.

Und er dankte "unseren österreichischen Freunden" mit warmen Worten für die Pflege der Denkmäler und Gräber von in Österreich gefallenen Rotarmisten.

Wieder mehr Besuch im Kreml

Moskau empfängt wieder häufig westliche Staatsgäste. In den vergangenen Wochen sprachen auch die Außenminister Deutschlands, Italiens und der USA im Kreml vor. Aber niemand von ihnen bediente das russische Bedürfnis nach bilateraler Alltäglichkeit so stark wie der österreichische Bundespräsident, der mit drei Ministern, dem Generalstabschef und einer großen Delegation angereist war.

Die russischen Staatsmedien schlachteten das genüsslich aus: Dass Fischer bei seinem Treffen mit Parlamentspräsident Sergej Naryschkin erklärte, er sage bei jeder Gelegenheit, Sanktionen seien für beide Seiten schädlich, alle Beteiligten müssten gemeinsam an einem Weg arbeiten, um sie zu überwinden, veranlasste die Agentur "Tass" zu dem euphorischen Titel: "Österreich strebt die Aufhebung der antirussischen Sanktionen der EU an."

Die Russen vermerkten auch, dass neben Außenminister Sebastian Kurz und Justizminister Wolfgang Brandstetter Landwirtschaftsminister Andrä Rupprechter anwesend war. Als Signal, dass die Österreicher ihrerseits auf das baldige Ende der russischen Gegensanktionen hoffen, die Einfuhrsperren für EU-Agrarprodukte. "Bemerkenswert, dass der österreichische Handelsattaché schon bei den russischen Aufsichtsbehörden nachgesucht hat, österreichische Exporteure für den Fall einer Aufhebung der EU-Sanktionen zu überprüfen", freute sich etwa der Nachrichtensender "Rossija 24".

Schon im Februar hatte Wirtschaftsminister und Vize-Kanzler Reinhold Mitterlehner in Moskau mit seiner Kritik an den Sanktionen Aufsehen erregt. Zwar versicherte Fischer gestern, Österreich sei loyales EU-Mitglied. Und Kurz sagte, man strebe an, dass die EU mit einer Stimme spreche.

In Moskau aber hofft man offenbar, dass Österreich als traditioneller "Türöffner" in der EU weiter stille Lobbyarbeit für russische Belange betreiben wird. Ein Vertrauen, das Wien auch wirtschaftlich nützlich sein könnte. Fischer bezeichnete seinen Besuch jedenfalls "als wichtig und wertvoll".

Quelle:

http://www.nachrichten.at/nachrichten/politik/aussenpolitik/Heinz-Fischer-bei-Putin-im-Kreml-Wichtiger-und-wertvoNer-Besuch;art391,2198533#ref=rsse_